



Dr. Björn Benken (Aktion Wahlreform)
An der Wabe 5, D-38104 Braunschweig
Tel.: 0531-3789500, info@wahlreform.de

8. Juli 2015

An den Innenausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags:

Tischvorlage zur mündlichen Anhörung am 8. Juli 2015
"Demokratie lebt von Beteiligung und von Vertrauen"

Drei einfach umzusetzende Vorschläge, wie man die Wahlbeteiligung (spürbar) erhöhen könnte

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ergänzung zu meiner schriftlichen Stellungnahme vom 13. April 2015 möchte ich Ihnen hiermit drei Vorschläge ans Herz legen, wie man mit relativ geringem Aufwand eine höhere Wahlbeteiligung erreichen könnte. Der letzte Vorschlag ist dabei meines Wissens nach eine gänzlich neue Idee in der politischen Diskussion.

Vorschlag Nr. 1: **Wahlinformationsheft versenden**

Vorschlag Nr. 2: **Nein-Stimme ermöglichen**

Vorschlag Nr. 3: **Spezielle Erstwähler-Wahllokale einrichten**

Vorschlag Nr. 1:

Jede(r) Wahlberechtigte erhält zusammen mit der Wahlbenachrichtigung ein **Wahlinformationsheft** zugeschickt. Darin findet die Leser eine kurze Darstellung des Wahlverfahrens sowie eine Vorstellung aller zur Wahl stehenden Parteien bzw. Kandidaten. Jede(r) Bewerber(in) bzw. jede Partei sollte für die Eigendarstellung möglichst gleich viel Raum zur Verfügung haben. Wird hingegen eine Abstufung als unbedingt erforderlich angesehen, müsste (in Analogie zu § 5 PartG) für Parteien, die bisher nicht im Parlament vertreten sind, der zur Verfügung stehende Platz mindestens halb so groß sein wie für jede andere Partei.

Vorteil dieser Maßnahme:

Durch ein Wahlinformationsheft wird politische Bildung quasi frei Haus geliefert und die Entscheidung, ob man überhaupt zur Wahl gehen will, unter Umständen positiv beeinflusst. Durch die Lektüre könnten sich Anreize ergeben, sich selbstständig weitere Informationen über bestimmte Parteien zu besorgen oder sogar in eine Partei einzutreten.

Vorschlag Nr. 2:

Die Wähler erhalten zukünftig die Möglichkeit, über eine **"Nein-Stimme"** kundzutun, dass sie keine der zur Wahl stehenden Alternativen für wählbar halten. Zu diesem Zweck gibt es am Ende des Stimmzettels z.B. ein eigenes Kästchen mit der Bezeichnung "Ich möchte keine der obigen Parteien [bzw.: Kandidaten] wählen". Alternativ könnte man eine Regelung einführen, dass leere (d.h. nicht gekennzeichnete) Stimmzettel zumindest gesondert ausgezählt werden; dieses Verfahren kommt z.B. in Portugal und Brasilien zum Einsatz.

Vorteil dieser Maßnahme:

Bisher stehen Wähler, die keine der zur Wahl stehenden Alternativen als wählbar empfinden, vor dem Dilemma, dies nicht auf dem Stimmzettel kundtun zu können. Ihnen bleiben nur drei Möglichkeiten, um ihre Meinung auszudrücken:

- (a) Sie können ihren Stimmzettel ungültig machen. Dies lässt jedoch keine Rückschlüsse auf ihre Motivation zu, weil ungültige Stimmen auch durch Versehen bzw. Unkenntnis des Wahlsystems entstehen können.
- (b) Sie können einer nicht-etablierten, evtl. extremistischen Partei eine sogenannte Proteststimme zukommen lassen. In diesem Fall liegt keine echte Präferenz zugunsten dieser Partei vor; die Stimmabgabe ist nur Mittel zum Zweck, um "den Etablierten" einen Denkzettel zu verpassen.
- (c) Sie können am Wahlsonntag frustriert zu Hause bleiben, weil sie keine Möglichkeit sehen, ihre politische Meinung in der Wahlkabine adäquat zu äußern. Eine Nein-Option würde die Wahlbeteiligung erhöhen.

Vorschlag Nr. 3:

Pro Landtagswahlkreis ist mindestens ein **spezielles Wahllokal für Erstwähler** einzurichten, um für junge Menschen die Hemmschwelle zur Wahlteilnahme zu verringern. Das Erstwählerwahllokal ist am Samstag vor dem Wahltermin geöffnet. Die Erstwähler können sich aussuchen, ob sie in dem für ihren Wohnsitz zuständigen Wahllokal oder im zentralen Erstwählerlokal des Wahlkreises ihre Stimmen abgeben wollen. Aus verfassungsrechtlichen Erwägungen heraus müsste dieses Wahllokal grundsätzlich auch anderen Wählergruppen offenstehen; es sollte jedoch ausschließlich für Erstwähler beworben werden.

Vorteil dieser Maßnahme:

Das derzeit überall zu beobachtende Absinken der Wahlbeteiligung wird in erster Linie durch einen dramatischen Einbruch der Wählerzahlen in der Untergruppe der jungen Wahlberechtigten im Alter zwischen 18 und 29 Jahren mit niedrigem Schulabschluss verursacht (vgl. Sigrid Roßteutscher, 2015). Wo das Umfeld mehrheitlich durch Politikferne und Politikverdrossenheit gekennzeichnet ist, können keine positiven demokratischen Muster mehr erlernt werden. So geben z.B. 70% der Nichtwähler an, niemals mit anderen Menschen über Politik zu reden.

Wer dreimal hintereinander nicht zur Wahl gegangen ist, ist als Wähler statistisch gesehen verloren. Wer es hingegen geschafft hat, die Hürde der Erstwahl zu meistern, wird mit einer recht hohen Wahrscheinlichkeit auch weiterhin zur Wahl gehen. Bei vielen jungen Menschen verhindern psychologische Hemmnisse eine erfolgreiche Erstwahl-Teilnahme (z.B.: uncooles Image; Schulen als Abstimmungsorte sind negativ vorbelastet; Angst, bei der Stimmabgabe etwas falsch zu machen/ sich zu blamieren).

Wenn es ein eigenes Wahllokal für Erstwähler gibt, könnten junge Menschen gruppenweise mit Personen aus ihrem engsten sozialen Umfeld wählen gehen, was vielen ein Gefühl der Sicherheit geben dürfte. Die Kommunen könnten in diesen Wahllokalen spezielle Hilfestellungen geben und eine "Willkommenskultur" aufbauen, welche auf die Bedürfnisse von Erstwählern ausgerichtet ist. Dieses Instrument könnte eine gute Ergänzung sein zu Initiativen wie z.B. der "Juniorwahl" (siehe www.juniorwahl.de), die sich ebenfalls bemühen, Jugendliche frühzeitig für das Wählen-Gehen zu begeistern.

Sicher ist keine der oben vorgeschlagenen Maßnahmen eine "Wunderwaffe" gegen sinkende Wahlbeteiligung. Dennoch würde ich die Auswirkungen der Maßnahmen Nr. 1 und 2 auf die Wahlbeteiligung auf jeweils immerhin ca. +1 Prozentpunkt schätzen. Im Vergleich dazu würde die Maßnahme Nr. 3 vermutlich die kleinste akute Wirkung zeigen, weil sie lediglich auf eine Teilgruppe der Wählerschaft abzielt. Hier ist jedoch die positive Langzeitwirkung zu beachten, denn wer als junger Mensch die erste Wahlteilnahme erfolgreich absolviert hat, hat danach gute Chancen, lebenslang ein Wähler zu bleiben.

Braunschweig, den 8. Juli 2015

Björn Benken
(Dr. Björn Benken)